

Naturschutzverbände wohin? - Zehn Thesen zur künftigen Arbeit des Verbandsnatur- und Umweltschutzes

von **Ralf Bammerlin**

Inhaltsübersicht

1. Thesen
2. Literatur

Wie kann unter den gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, die durch Massenarbeitslosigkeit, neu aufflammende soziale Konflikte und das Vertrauen auf die Rezepte von vorgestern charakterisiert scheinen, Naturschutz erfolgreich politisch durchgesetzt werden? Viele im Naturschutz Aktive werden den Finger auf andere richten und darauf verweisen, daß es nach wie vor am nötigen Bewußtsein in der Bevölkerung und namentlich bei den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern mangelt. Gleichwohl: Könnte es nicht auch sein, daß auch auf seiten derer, die heute im Naturschutz aktiv sind, noch Lernprozesse durchzumachen sind, daß vielleicht die Bewußtseinsbildung in den eigenen Reihen ebenso wichtig und vielleicht noch viel dringlicher ist als in der übrigen Bevölkerung? Die Thesen, die im folgenden entfaltet werden, sind bewußt provokativ gehalten. Sie sind nicht als Vorwürfe zu verstehen, sondern als Ermutigung, die eigenen Kräfte konsequenter zu entwickeln und gezielter einzusetzen.

1. These: Die Ausgangssituation: Die Umweltbewegung ist mit ihrem eigenen Erfolg konfrontiert.

Auch wenn es zunächst überraschen mag: Die Ausgangssituation für den Naturschutz ist heute so günstig wie kaum je zuvor. Insbesondere seit Beginn der achtziger Jahre haben sich die Rahmenbedingungen geradezu dramatisch verbessert. Umweltbewußtsein, Ende der siebziger Jahre noch Mangelware, ist mittlerweile nicht mehr auf eine gesellschaftliche Minderheit beschränkt, sondern in der gesamten Bevölkerung verbreitet. Und unter den Umweltgütern, die nach Meinung der Bevölkerung am dringlichsten des Schutzes bedürfen, steht gerade die Erhaltung der Arten und der Lebens-

räume an erster Stelle (vgl. BILLIG & PARTNER 1994, BILLIG 1995). Trotz der angespannten wirtschaftlichen Situation finden sich Umwelt- und Naturschutz immer noch ganz oben auf der Prioritätenliste der Bevölkerung. Am gegenüber früher enorm gewachsenen Bewußtsein und der generellen Akzeptanz kann es also kaum liegen, wenn der Naturschutz sich heute nur so schwer politisch durchsetzen kann.

Der Naturschutz steht heute vor einer nachgerade paradoxen Situation: Die Umweltbewegung ist mit ihrem eigenen Erfolg konfrontiert. Es ist ihr gelungen, Umwelt- und Naturschutz als **Themen** durchzusetzen (BECK 1993). Damit hat sie auf dem Gebiet der Bewußtseinsbildung eine Erfolgsbilanz vorzuweisen, wie sie keine soziale Bewegung vor ihr innerhalb so kurzer Zeit hat erreichen können. Wofür Gewerkschafts- oder Frauenbewegung mehr als ein halbes Jahrhundert gekämpft haben, nämlich für eine allgemeine Akzeptanz der von ihnen vertretenen Anliegen bei der Mehrheit der Bevölkerung, dies hat die Umweltbewegung binnen eines guten Jahrzehnts erreicht. Sie hat damit im Bewußtsein der Menschen gesiegt. Doch es scheint, sie kann die politischen Früchte dieses Sieges bislang nicht ernten. So sehr Umwelt- wie auch Naturschutz auch im Bewußtsein der Menschen verankert sind, bei der politischen Umsetzung sind aus jüngster Zeit eher Stagnation und Rückschläge zu vermelden. Damit aber wird nunmehr gerade die **politische Durchsetzung** zur zentralen Herausforderung der kommenden Jahre. Wir haben es nicht mit einem Bewußtseins-, sondern mit einem Umsetzungsdefizit zu tun. Auf die Phase der Bewußtseinsbildung, in der vor allem der Mobilisierung einer kritischen Öffentlichkeit eine wesentliche Bedeutung zukam, folgt nun die Phase der politischen Umsetzung. Diese erfordert aber völlig neue Strategien, Organisationsformen und nicht zuletzt ein verändertes Selbstverständnis der Naturschützer selbst.

2. These: Menschen sind heute dann (und nur dann!) für die konkrete Umsetzung von Umwelt- und Naturschutz, wenn dies mit ihren sonstigen wirtschaftlichen und sozialen Interessen vereinbar ist.

Es erscheint auf den ersten Blick ein eklatanter Widerspruch zwischen dem - anscheinend hohen - Umwelt- und Naturschutzbewußtsein auf der einen und der oft völlig mangelhaften Umsetzung von Naturschutz auf der anderen Seite zu bestehen. Diese Diskrepanz erklärt sich aber, wenn man bedenkt, daß menschliches Handeln nicht allein durch das Bewußtsein bestimmt wird, sondern vor allem durch die konkreten Interessenlagen (vgl. PRITTWITZ 1993). Jeder kennt dies aus seiner eigenen Erfahrung: Ob wir die Bahn oder den eigenen PKW benutzen, hängt weniger von unserem Umweltbewußtsein ab, sondern mehr von unserem konkreten Interesse, schnell, bequem und kostengünstig voranzukommen. Im Naturschutz machen wir ähnliche Erfahrungen z.B. im Umgang mit Landwirten: Auch naturbewußte Landwirte werden einer Naturschutzmaßnahme nur dann zustimmen, wenn sie dadurch ihre wirtschaftlichen Interessen gefördert oder zumindest nicht gefährdet sehen. Andernfalls haben wir Widerstand

zu erwarten. Ähnliches gilt z.B. auch für Politiker: Sie werden den Naturschutz immer dann unterstützen, wenn es ihrem Hauptinteresse, wiedergewählt zu werden, zugute kommt.

3. These: Voraussetzung für erfolgreichen Naturschutz ist, anerkennen, daß Menschen nach ökonomischem Gewinn und gesellschaftlicher Macht und Anerkennung streben.

Demnach ist also die entscheidende Bedingung für den Erfolg von Naturschutz, daß er den Interessen der einzelnen entgegenkommt. Diese Interessen müssen nicht immer ökonomischer Art sein; es kann auch das Interesse von Eltern sein, ihren Kindern eine lebenswerte Heimat zu bewahren, oder das durchaus eigennützige Interesse von Ornithologen, weiterhin seltene Arten beobachten zu können, - oder das Interesse eines Naturschützers, aus dem Engagement für eine „gute Sache“ gesellschaftliche Anerkennung zu ziehen. Für die praktische Umsetzung von Naturschutz ist es unerheblich, ob die jeweiligen Interessen unserer Meinung nach eher egoistischer oder altruistischer Art sind. Entscheidend ist, daß Naturschutzmaßnahmen nur dann Zustimmung finden, wenn sie mit den Interessen der Betroffenen bzw. der zuständigen Entscheidungsträger vereinbar sind. Ist dies nicht der Fall, lassen sich Naturschutzprojekte auch bei hoher Akzeptanz des generellen Anliegens nicht durchsetzen.

Dies hat nun noch eine andere Konsequenz: Viele sind gewohnt, in festen Schwarz-Weiß-Schemata zu denken: Ökonomie kontra Ökologie, Naturschutz kontra Wirtschaft und Politik. Diese festgefahrenen Fronten sind aber infolge der weiten Akzeptanz von Umwelt- und Naturschutz längst überholt. Heute verschieben sich vielmehr die Konfliktlinien im Naturschutz in Abhängigkeit von den jeweiligen Interessenlagen der Beteiligten ständig (vgl. PRITTWITZ 1993). Die Konfliktlinien verlaufen nicht mehr, wie dies noch in den siebziger Jahren häufig der Fall war, starr zwischen Naturschützern auf der einen und politischen und wirtschaftlichen Interessenträgern auf der anderen Seite. Vielmehr kann, wer in der einen Frage Gegner von Naturschutzmaßnahmen ist, in anderen Punkten Verbündeter sein, oder er kann es werden, wenn ihm eine Lösung angeboten wird, die seinen Interessen entgegenkommt. Oder aber: Jemand (z.B. ein Landwirt), der einer bestimmten Naturschutzmaßnahme ablehnend gegenübersteht, weil er wirtschaftlichen Schaden befürchtet, kann bei einer anderen Naturschutzmaßnahme, von der er eher profitiert, zum Verbündeten werden. Nicht mehr so sehr das Umwelt- oder Naturschutzbewußtsein entscheidet also, ob jemand für oder gegen ein Naturschutzprojekt ist, sondern die jeweilige konkrete (wirtschaftliche oder sonstige gesellschaftliche) Interessenlage.

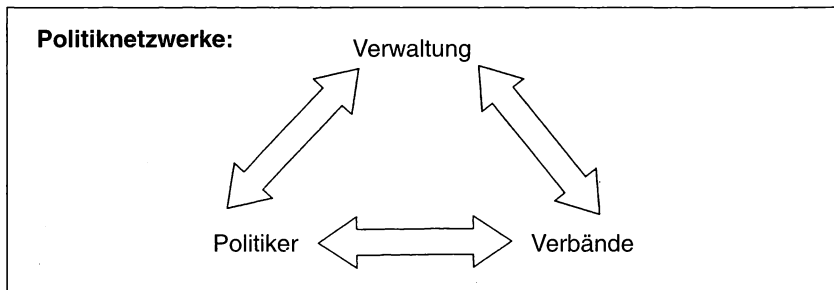
Anders ausgedrückt: Naturschutz ist politisch nur durchsetzungsfähig, wenn Menschen mit Naturschutz (statt **gegen** ihn) Gewinn machen und Einfluß und gesellschaftliche An-

erkennung gewinnen können. Naturschutzpolitik muß also, plakativ ausgedrückt, am Egoismus der Menschen anzusetzen, nicht an ihrem Idealismus (MAXEINER & MIERSCH 1996). Wer dies nicht akzeptieren kann oder will, wird im Naturschutz versagen.

4. These: Interessen sind politisch nur durchsetzungsfähig, wenn sie von starken Verbänden durchgesetzt werden.

Als vorläufiges Fazit läßt sich feststellen: Es scheint weniger an der generellen Akzeptanz von Naturschutz in der Bevölkerung zu mangeln, als vielmehr daran, daß es Naturschützern bislang nicht ausreichend gelingt, die vorhandene Akzeptanz in politische Macht und Durchsetzungsfähigkeit umzumünzen. Wie aber wird Naturschutz politisch durchsetzungsfähig?

Die Politikwissenschaft macht schon seit geraumer Zeit darauf aufmerksam, daß moderne Demokratien nicht so funktionieren, wie in Lehrbüchern oft dargestellt wird, also in der strikten Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Jurisdiktion. Vielmehr fällt der Großteil aller politischen Entscheidungen innerhalb sogenannter „Politiknetzwerke“ („policy networks“, vgl. MARIN & MAYNTZ 1991). Es handelt sich dabei um informelle oder institutionalisierte Beziehungsgeflechte, die aus Angehörigen der Fachverwaltungen, politischen Entscheidungsträgern und - für die Durchsetzung von Umweltreformen entscheidend - den Interessenverbänden, vor allem denen der Wirtschaft, bestehen. Innerhalb dieser politischen Netzwerke fallen Entscheidungen in Aushandlungsprozessen, dem sogenannten „bargaining“, die nach dem Prinzip des „Gebens und Nehmens“ funktionieren: Wer dem anderen eine von diesem benötigte Leistung oder Information anzubieten vermag, kann von diesem dafür eine Gegenleistung erhalten. Es handelt sich also um ein Tauschgeschäft, bei denen Wirtschaftsverbände z.B. Arbeitsplätze, Gewerkschaften die Arbeitskraft ihrer Mitglieder, Verwaltungen Genehmigungen und Politiker ihren politischen Einfluß in die Waagschale werfen können.



Verbänden kommt innerhalb dieser Aushandlungsprozesse eine immense, oftmals unterschätzte Bedeutung zu. Nahezu keine Entscheidung, sei es auf lokaler, sei es auf nationaler oder internationaler Ebene, fällt ohne ihre Mitwirkung. Die Verbände der Wirtschaft haben dabei aufgrund ihres hohen Organisationsgrades und ihrer Druckmittel (Arbeitsplätze und Investitionen) innerhalb dieser Netzwerke ein erdrückendes Übergewicht, mit dem sie umweltpolitische Reformen blockieren oder ökologisch unsinnige Projekte durchsetzen können (empirische Untersuchungen hierzu z.B. bei BRICKMANN, JASAMOFF & ILGEN 1995, KITSCHOLT 1984, 1986, KREBS & REICHE 1997). Ein gutes Beispiel für einen hervorragend organisierten und äußerst effektiv innerhalb der Politiknetzwerke agierenden Verband sind die Bauernverbände. Sie haben es mit einer meisterhaften Lobbyarbeit geschafft, daß ihre Klientel trotz Ansehensverlust und abnehmender wirtschaftlicher Bedeutung weiterhin großzügigst und von ökologischen Auflagen weitgehend unbehelligt aus Steuergeldern subventioniert wird (vgl. HEINZE 1992). Alle politischen Entscheidungen, die die Landwirtschaft betreffen, werden, bevor sie in die offiziellen Gremien und ins Parlament kommen, in den informellen Netzwerken aus Agrarverwaltung, Landwirtschaftslobbyisten und politischen Entscheidungsträgern genauestens auf ihre Verträglichkeit mit Landwirtschaftsinteressen abgecheckt. Ebenso geht es mit allen ökonomischen Interessen: Sie werden von starken Lobbyverbänden vertreten, die über professionelle Lobbyisten und durch zahlreiche politische Kontakte bereits frühzeitig auf Politiker und Verwaltungen Einfluß nehmen und dafür sorgen, daß möglichst keine politische Entscheidung gegen die eigenen Interessen gefällt wird.

5. These: Effektive politische Durchsetzung von Naturschutz erfordert:

- **Lobbyarbeit,**
- **Druck durch Öffentlichkeitsarbeit,**
- **Naturschutz-Gewinner-Bündnisse mit anderen Interessengruppen.**

Wie lassen sich unter den soeben geschilderten Rahmenbedingungen nun die Anliegen des Naturschutzes effektiv durchsetzen? Zunächst einmal dürfte deutlich geworden sein, daß es keinesfalls genügt, sich auf ein irgendwie geartetes Umwelt- oder Naturschutzbewußtsein in der Bevölkerung oder bei den politischen Entscheidungsträgern zu verlassen. Die in der Regel mageren Naturschutzbilanzen rot-grüner Regierungen zeigen überdies, daß auch parlamentarische Mehrheiten in keiner Weise eine Gewähr für die Durchsetzung von Natur- und Umweltschutz darstellen, solange innerhalb der entscheidenden politischen Netzwerke mächtige wirtschaftliche Interessenverbände jeden ökologischen Fortschritt blockieren können. Anders ausgedrückt: Parlamentarische Mehrheiten und Mehrheiten in der Bevölkerung bleiben nutzlos, wenn nicht auch innerhalb der angestammten politischen Verhandlungsnetzwerke Naturschutzinteressen durch schlagkräftige Verbände vertreten werden.

Wer Naturschutzinteressen durchsetzen will, muß daher in die politischen Entscheidungsnetzwerke hineingehen und dort den professionellen Lobbyisten der Wirtschaft Paroli bieten. Dazu sind Umweltverbände notwendig, die verstärkt in den verschiedenen Politiknetzwerken mitarbeiten, dort eine **Lobby** für den Naturschutz bilden und mit Verwaltungen und wichtigen Entscheidungsträgern in permanentem Kontakt stehen. Dabei gilt es dort präsent zu sein, wo die für den Naturschutz wichtigen Entscheidungen fallen. Das sind in den wenigsten Fällen die Landespflegebehörden, selbst oft innerhalb der Verwaltung isoliert, sondern vor allem die Infrastruktur- und Landnutzungsbehörden, aber auch wichtige Querschnittsministerien (vor allem das für Finanzen). Lobbyarbeit bedeutet, einen permanenten vertrauensvollen und auf lange Sicht angelegten Kontakt zu wichtigen Entscheidungsträgern aufzubauen. Lobbyarbeit muß also ansetzen, bevor es akute Probleme gibt und vor allem bevor Entscheidungen in offiziellen Gremien behandelt werden. Der in Umweltschutzkreisen übliche Aktionismus, erst dann an Entscheidungsträger heranzutreten, wenn es „brennt“, hat mit professioneller Lobbyarbeit wenig zu tun.

Daneben wird das Agieren in der **Öffentlichkeit** unverzichtbares Mittel bleiben, um Druck auf Entscheidungsträger auszuüben und bei der Lobbyarbeit nicht über den Tisch gezogen zu werden; denn im Gegensatz zu den Lobbygruppen der Wirtschaft gründen die Einflußmöglichkeiten von Naturschutzverbänden nicht auf ökonomischen Druckmitteln, sondern darauf, daß sie die Unterstützung der Öffentlichkeit für ihre Anliegen gewinnen. Sie nehmen dabei, das Erbe der Umweltbewegung fortsetzend, über die Öffentlichkeit eine Wächter- und Kontrollfunktion gegenüber Staat und Wirtschaft wahr, gleichzeitig werden sie aber als Lobbyorganisationen künftig in den politischen Netzwerken verstärkt mitarbeiten.

Neben der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit wird aber entscheidend für den politischen Erfolg der Naturschutzverbände sein, inwieweit es ihnen gelingt, zusammen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen **Bündnisse für die Natur** zu schmieden. Nur wenn es gelingt, die inzwischen vielerorts in der Gesellschaft anzutreffenden Interessen, die mit dem Naturschutz vereinbar sind, zu bündeln, hat der Naturschutz eine Chance. Zur Hauptaufgabe der Verbände wird es dabei werden, gleichsam „Naturschutz-Gewinnerkoalitionen“ zu schmieden aus allen denjenigen Gruppen, die von einer konkreten Naturschutzmaßnahme entweder in irgendeiner Weise politisch oder wirtschaftlich profitieren oder aber - wie etwa kirchliche Gruppen oder Elterninitiativen - ein eher ethisch motiviertes Interesse an Natur- und Umweltschutz haben (vgl. BECK 1993).

6. These: Die künftige Strategie der Naturschutzverbände kann nur lauten: wechselnde Kooperationen und Konfrontationen je nach Sachproblem und Interessenslage.

Immer wieder wird in Naturschutzkreisen darüber diskutiert, ob eher Kooperations- oder Konfrontationsstrategien zum Ziel führen. Ist der Naturschutz zu „sanft“, oder

verrennt er sich mit unsinniger Widerborstigkeit ins politische Abseits? Nach dem bisher Gesagten gilt jedoch: Die strategische Alternative für den Naturschutz heißt gar nicht Konfrontation **oder** Kooperation. Wo Umweltverbände heute erfolgreich sind, wenden sie vielmehr eine Doppelstrategie von je nach Sachfrage wechselnden Kooperationen **und** Konfrontationen an. Wer in der einen Frage Gegner ist, kann in einer anderen Frage Verbündeter sein, oder er kann es werden, wenn ihm eine ihm zusagende Lösung angeboten wird. Konkrete Lösungsvorschläge sind dazu unerlässlich. Wenn Naturschutzverbände bündnisfähig werden wollen, müssen sie aber auch konfliktfähig bleiben; denn nur wer zumindest potentiell Konflikte eingehen und Druck ausüben kann, wird auch als Bündnispartner ernstgenommen.

Ob, mit wem und in welchem Maße im konkreten Fall Kooperationen oder Konfrontationen eingegangen werden sollen, kann nur nach dem übergeordneten Ziel entschieden werden, und das lautet: politische Mehrheiten für den Naturschutz zu gewinnen. Bündnispartner werden aber nur dann zu gewinnen sein, wenn diese bei naturschutzpolitischen Vorhaben ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen gefördert oder zumindest gewahrt sehen. Das Ergebnis wird daher immer nur ein Ausgleich verschiedener Interessen sein können. Erfolge gibt es in Demokratien grundsätzlich nur in der Gestalt des Kompromisses. Die hundertprozentige Durchsetzung der eigenen Interessen ist nur in Diktaturen möglich - und auch dort nur für den Diktator.

7. These: Die Naturschutzverbände bekommen von den Regierungen in der Regel genau die Naturschutzpolitik, die sie verdienen.

Parteien und Regierungen - unabhängig von ihrer Couleur - können nur das umsetzen, was sie für mehrheitsfähig halten. Täten sie dies nicht, so würden sie ihre Wiederwahl aufs Spiel setzen. Bei diesem - für die Parteien überlebenswichtigen - Bemühen um Mehrheiten kommt in der Regel lediglich ein umweltpolitischer Minimumkonsens zustande. Wer mehr will, muß für den Naturschutz Bündnisse schmieden, Mehrheiten besorgen und Druck machen - und genau dies ist die Aufgabe der Naturschutzverbände! Solange sie dies - gleichgültig ob verschuldet oder unverschuldet - nicht oder nur sehr unzulänglich tun, sollte sich niemand über die politische Randexistenz des Naturschutzes wundern. Starke Verbände, wie zum Beispiel der Bund Naturschutz in Bayern, haben gezeigt, daß es durchaus möglich ist, den Naturschutz trotz widriger Umstände ziemlich weit oben auf der landespolitischen Tagesordnung zu halten. Wenn in Rheinland-Pfalz der Naturschutz ein regierungsamtliches Mauerblümchendasein fristet und die Umweltverbände in der öffentlichen Wahrnehmung kaum vorkommen, so sollte dies Anlaß sein, darüber nachzudenken, ob die Verbände hier die richtigen Strategien und - vor allem - geeignete Organisationsstrukturen gewählt haben.

8. These: Wer andere(s) verändern will, muß sich zuerst selbst verändern.

Vorläufiges Fazit: Damit die Verbände die derzeit durchaus vorhandene Akzeptanz für Naturschutzanliegen nutzen können, müssen sie sich zunächst selbst grundlegend wandeln. Bevor wir daran gehen können, in der Bevölkerung ein stärkeres Bewußtsein für den Naturschutz zu wecken, ist zu fragen, ob wir nicht als Naturschützer ein neues **Naturschutzbewußtsein** entwickeln müssen. Naturschutz in Deutschland ist immer noch sehr einseitig von den Naturwissenschaften, vornehmlich der Biologie, bestimmt. Doch die Biologie kann weder Ziele von Naturschutz noch die Wege zur ihrer Durchsetzung angeben (DAHL 1991, TREPL 1991/92, VOGT 1996). Ein neues Naturschutzbewußtsein bedeutet vor allem, Naturschutz vordringlich als gesellschaftliche und politische Aufgabe zu erkennen. Die Biologie liefert dem Naturschutz zwar wichtige Grundlageninformationen (z.B. über Verbreitung, Gefährdung und Lebensraumsansprüche von Arten), zur praktischen Durchsetzung von Naturschutz aber vermag sie - schon aufgrund ihrer methodischen Begrenzung - nichts beizutragen. Hier sind politisches Durchsetzungsvermögen und vor allem soziale und kommunikative Kompetenzen gefordert.

In der Phase der politischen Umsetzung und der Institutionalisierung kommt der wechselseitigen **Motivation** und der internen **Kommunikation** eine eminent bedeutende Rolle zu. Ehren- wie hauptamtliche Mitarbeiter werden an erster Stelle lernen müssen, einander zu motivieren und Kommunikationsstrukturen zu finden, die sich angesichts der zunehmenden Komplexität der zu leistenden Aufgaben als tragfähig erweisen. Bisher waren es Umweltakteure gewohnt, die **Sache**, für die sie kämpften, in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. Entsprechend haben sie sich vornehmlich fachliche, vor allem naturwissenschaftliche Kompetenz angeeignet. Je mehr es aber um die politische Umsetzung von Umweltschutz innerhalb hochkomplexer Gesellschaften geht, umso mehr geraten die **Menschen**, die innerhalb wie außerhalb der eigenen Organisation für den Naturschutz motiviert werden müssen, in den Mittelpunkt. Entsprechend gilt es, sich gerade im Bereich der Kommunikation und Motivation im verstärkten Maße Kompetenz anzueignen: Wie führe und motiviere ich Mitarbeiter? Wie gewinne ich Menschen für naturschutzpolitisches Engagement, die in einer postmodernen Erlebnisgesellschaft sozialisiert sind? Wie gehe ich mit Frustrationen bei mir und meinen Mitstreitern um? Wie schaffe ich es, in Umweltverbänden unter den Bedingungen fortschreitender Professionalisierung ein für beide Seiten motivierendes Verhältnis von Haupt- und Ehrenamt zu finden?

Wer im Naturschutz weiterkommen will, wird daher vor allem die Schwerpunkte der **Weiterbildung** ändern müssen. Naturschützer müssen lernen, wie Gesellschaft (Politik, Wirtschaft, Medien etc.) funktioniert. In der Weiterbildung für den Naturschutz werden daher - so paradox es auch klingt - vor allem der Mensch und die menschliche Gesellschaft in den Mittelpunkt rücken müssen. So gesehen ergibt sich ein gewaltiger Fortbildungsbedarf in den Umweltverbänden (wie im übrigen gerade auch in den Lan-

despflegeverwaltungen). Es gilt, die Lektion zu lernen, daß umweltpolitische Erfolge in Zukunft nicht mehr in erster Linie von einer weiteren ökologischen Sensibilisierung der Gesamtbevölkerung, sondern von der sozialen Sensibilisierung und der kommunikativen und strategischen Befähigung der Umweltakteure abhängen. Es ist das große bleibende Verdienst der Umweltbewegung, auf die existentielle Bedeutung einer intakten Natur für den Menschen und seine Gesellschaft aufmerksam gemacht zu haben. Es scheint nun an der Zeit, den umgekehrten Lernschritt verstärkt hervorzuheben, nämlich die Bedeutung des Menschen und der menschlichen Gesellschaft für die Erhaltung der Natur zu erkennen.

9. These: Nicht die Gesellschaft, sondern die Naturschutzverbände müssen sich zuerst erneuern.

Wer gesellschaftliche Veränderungen erreichen will, muß sich zunächst selbst eine schlagkräftige Organisationsstruktur zulegen. Noch so guter Wille und noch so großes Engagement bleiben wirkungslos, wenn sie nicht in effiziente Arbeitsstrukturen eingebunden sind. Wer politisch etwas durchsetzen will, muß sich vor allem vor Augen halten, daß Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit ab der Landesebene nicht mehr allein ehrenamtlich bewältigt werden können: Beide erfordern ständige Präsenz und rasches Reagieren - beides läßt sich nicht nach Feierabend verwirklichen. Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit bedürfen daher der Koordination durch hauptamtliche Mitarbeiter (vgl. zum Folgenden BAMMERLIN 1998). Daß mit diesem Nebeneinander von Haupt- und Ehrenamt eine Fülle von Problemen und nicht zuletzt Machtkämpfe verbunden sind, ist offenkundig. Dennoch führt an einer weiteren **Professionalisierung** kein Weg vorbei. Wichtig ist, daß hauptamtliche Mitarbeiter der Kontrolle eines demokratisch legitimierten Vorstandes unterstehen. Nachgedacht werden sollte auch über das Modell, den Vorsitzenden hauptamtlich zu bestellen und damit den obersten und mächtigsten Hauptamtlichen direkt vom Votum der Mitglieder abhängig zu machen, wie dies etwa im Naturschutzbund (NABU) auf Bundesebene und neuerdings auch in einigen Landesverbänden der Fall ist.

Ehrenamtliche Mitarbeiter werden durch eine weitere Professionalisierung keinesfalls überflüssig, sondern gewinnen mit einer Intensivierung der politischen Arbeit sogar verstärkt an Bedeutung, indem sie als Brückenköpfe in die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche (Politik, Wissenschaft, Wirtschaft etc.) fungieren und damit das politische Rückgrat der Verbandsarbeit bilden. Das **Hauptamt** muß deshalb **im Dienste der Entfaltung des Ehrenamtes** stehen; eine seiner wichtigsten Aufgaben wird es sein, ehrenamtliche Mitarbeiter zu motivieren. Wer glaubt, Naturschutz rein hauptamtlich verwirklichen zu können, verzichtet mit den Ehrenamtlichen auf einen großen Anteil der dem Naturschutz zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen Ressourcen und

überschätzt die den Umweltverbänden zur Bezahlung eines hauptamtlichen Apparates zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Hauptamtliche Kräfte, die es nicht schaffen, Ehrenamtliche für die Mitarbeit zu motivieren, arbeiten höchst ineffizient, mögen sie selbst auch noch so brillant sein.

Ein Kernproblem ist die **Finanzierung** naturschutzpolitischer Arbeit. Hier besteht ein grundlegender Unterschied zwischen wirtschaftlichen Interessenverbänden und Umweltverbänden. Während Wirtschaftsverbände für ihre Klientel direkte Erwerbsvorteile erreichen und entsprechend von ihren Mitgliedern angemessen finanziell unterstützt werden, ist dies bei Umwelt- und Naturschutzverbänden nicht der Fall. Sie leiden unter dem Trittbrettfahreneffekt: Von ihrem Engagement profitieren alle, auch wenn sie die Arbeit der Verbände finanziell nicht unterstützen (vgl. OLSON 1992). So gesehen haben die deutschen Umweltverbände nahezu 80 Millionen Trittbrettfahrer.

Das Problem besteht nun darin, daß Umweltverbände, um auf Dauer politisch tätig sein zu können, eine ebenso **kontinuierliche** wie **unabhängige** Finanzierung brauchen; denn hauptamtliche Mitarbeiter können sich nur dann wirkungsvoll um Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit kümmern, wenn sie nicht gleichzeitig ihre Zeit darauf verwenden müssen, durch Akquisition von Projektgeldern sich selbst zu finanzieren. Wer nicht weiß, ob in einem halben Jahr überhaupt noch genügend Geld für seine Weiterbeschäftigung vorhanden ist, von dem wird man schwerlich verlangen können, daß er eine langfristig angelegte politische Arbeit aufbaut. Ist die finanzielle Grundlage nicht gesichert, so gerät die Eigenfinanzierung leicht in den Mittelpunkt verbandlicher Tätigkeit: Alles, was kein Geld einbringt, so z.B. viele naturschutzfachliche Aufgaben und Dienstleistungen an den Mitgliedern, wird notwendigerweise vernachlässigt. Überaus konfliktträchtig kann die Situation dann werden, wenn - wie im Falle der GNOR, aber auch etlicher ostdeutscher Landesverbände von BUND und NABU - der Mitglieder- und Fördererstamm so klein ist, daß nahezu die gesamte Verbandsfinanzierung über die Akquisition von Drittmitteln gewährleistet werden muß. Stammen diese Drittmittel zudem überwiegend von der öffentlichen Hand, ist hiermit auch die politische Unabhängigkeit ernsthaft bedroht. Die Verbände stecken dann in einem Dilemma: Um wirkungsvoll tätig sein zu können, benötigen sie hauptamtliche Mitarbeiter. Da diese sich aber selbst finanzieren müssen, sind sie gezwungen, gerade diejenigen Aufgaben, für die sie eigentlich eingestellt worden sind, nämlich den Naturschutz und die Dienstleistung an den Mitgliedern, zu vernachlässigen zugunsten des ständigen Bemühens, Geld herbeizuschaffen, damit die eigenen Löhne bezahlt werden können.

Es gibt aus diesem Dilemma nur einen Ausweg: die möglichst weitgehende Finanzierung der Hauptamtlichen durch die Mitglieds- und Fördererbeiträge der Ehrenamtlichen. Dies bedeutet aber auch, daß die Steigerung der Mitglieds- und Fördererzahlen ein Gebot der Stunde ist, um effiziente Naturschutzverbandsarbeit finanziell abzusichern. Nur große, finanziell unabhängige Verbände werden langfristig professionell tätig sein und damit politischen Einfluß gewinnen können. Erst wenn Hauptamtliche

vom Zwang frei sind, sich selbst finanzieren zu müssen, können sie ihre Kraft verstärkt auf die politische Verbandsarbeit und die Förderung ehrenamtlichen Engagements verwenden. Wo aber weiterhin Eigenakquisition notwendig ist, sollte dies den Ehrenamtlichen auch offen gesagt werden, um zu hohe Erwartungen zu dämpfen. Wer nur zum geringen Teil vom Verband finanziert wird, kann auch nur einen begrenzten Teil seiner Arbeitszeit für die eigentlichen gemeinnützigen Verbandsaufgaben und für die verbandsinterne Kommunikation aufwenden.

10. These: In Rheinland-Pfalz stehen die Umweltverbände noch am Anfang der notwendigen Erneuerung.

Wie nun sieht die Situation in Rheinland-Pfalz aus? Für jeden Beobachter der rheinland-pfälzischen Verbändelandschaft ist ersichtlich, daß die hiesigen Verbände sicher noch am Anfang der beschriebenen Entwicklung hin zu schlagkräftigen politischen Lobbyorganisationen stehen. Trotz aller Bemühungen kann in Rheinland-Pfalz kein Umweltverband eine kontinuierliche und finanziell auf sicheren Füßen stehende Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit vorweisen. Die GNOR, die gerade in den vergangenen Jahren im Bereich der Lobbyarbeit weit vorgeprescht ist, ist mit ihrem Vorhaben letztlich an der unsicheren Finanzierung gescheitert: Statt politische Arbeit zu machen, waren die Mitarbeiter immer mehr dazu gezwungen, sich die notwendigen Geldmittel zu beschaffen - mit all den Folgen, die dies auch für die Reputation eines gemeinnützigen Verbandes hat. Bei BUND und NABU zeigen sich in jüngster Zeit Ansätze, durch die Einstellung von Mitarbeitern (BUND) bzw. durch Bestellung eines hauptamtlich tätigen Vorsitzenden (NABU) Schritte in Richtung einer wirkungsvollen politischen Vertretung des Naturschutzes zu gehen. Beim NABU, dem von seiner Mitgliederzahl her größten Umweltverband in Rheinland-Pfalz, erweist sich als schwerwiegendes organisatorisches Hemmnis, daß aufgrund der Eigenständigkeit der Orts- und Kreisverbände nur sehr schwer Strukturen auf Landesebene aufgebaut werden können. Vor allem fehlt dem Landesverband das Geld für eine effektive politische Arbeit und die dazu notwendige Einstellung hauptamtlicher Mitarbeiter, da ein erheblicher Teil der Einnahmen bei den lokalen Gruppen verbleibt.

Ein Problem des Verbandsnaturschutzes ist, daß bisher versucht wurde, die auftauchenden Probleme im Inneren der jeweiligen Verbände zu lösen, und zwar auch dann, wenn es sich um verbandsübergreifende Strukturprobleme handelt, die nur gemeinsam angegangen werden können. Dies sei am Beispiel der Verbände NABU und GNOR erläutert: Vor nunmehr 20 Jahren ist die GNOR von jungen Naturschützern gegründet worden, die in den bestehenden Verbänden, namentlich dem Deutschen Bund für Vogelschutz (dem heutigen NABU) und der Pollichia, kein Wirkungsfeld gefunden haben. Diese Abspaltung erwies sich als durchaus erfolgreich: Die Faunistik und - seit Mitte

der achtziger Jahre - auch zunehmend die naturschutzpolitische Arbeit konnten effektiv organisiert werden, und die GNOR übernahm seit Beginn der neunziger Jahre auf der politischen Ebene viele der Aufgaben, die in anderen Bundesländern eher dem NABU zufallen. Ihre strukturellen Vorteile gegenüber dem NABU bestehen darin, daß für interessierte Mitglieder ein rascher Einstieg in die landespolitische Arbeit möglich ist (während im NABU die Orts- und Kreisgruppenebene dominiert) und die GNOR infolge ihrer Gliederung nach Facharbeitsgruppen eine Struktur aufweist, die insbesondere für Fachleute und für junge Menschen, die sich mit herkömmlichen Ortsgruppen oft schwertun, attraktiv ist. (Diese Facharbeitskreisstruktur haben mittlerweile auch viele NABU-Landesverbände sowie der NABU-Bundesverband. Sie ist dort ein Erbe der ostdeutschen Naturschutzbewegung, die stark faunistisch und naturschutzfachlich ausgerichtet ist. Die ostdeutschen Landesverbände gleichen in ihrer Organisations- und Mitgliederstruktur denn auch stark Verbänden wie der GNOR oder der HGON).

Die GNOR weist aber in struktureller Hinsicht auch gravierende Handicaps auf, auf deren bedeutendstes schon aufmerksam gemacht wurde: Aufgrund ihrer minimalen Mitgliedschaft vermag sie keine hauptamtlichen Mitarbeiter aus eigener Kraft zu finanzieren und damit auch nicht auf Dauer eine professionelle Lobbyarbeit aufzubauen. Es fehlt ihr aber auch die Verankerung in der Bevölkerung; die GNOR ist zwar als Fachverband anerkannt, als politischer Faktor wird sie aber aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahl und ihres damit einhergehenden geringen Drohpotentials (Wählerstimmen!) kaum wahrgenommen - anders als dies z.B. bei Fischerei-, Bauern- oder Sportverbänden der Fall ist. Faktisch ist die GNOR ein anerkannter Fachverband von Biologen und Landespflégern ohne Breitenwirkung geblieben, der, um sich finanzieren zu können, gezwungen ist, als Dienstleistungsunternehmen zu arbeiten und gemeinnützige Tätigkeiten auf Dauer zu vernachlässigen. Der NABU seinerseits verfügt zwar sowohl über eine zahlreiche Mitgliedschaft als auch - zumindest theoretisch - über die finanziellen Möglichkeit für eine professionelle politische Lobbyarbeit, leidet aber bis heute an dem Aderlaß, daß ein nicht unerheblicher Teil der jungen und fachlich versierten Naturschützer ihm den Rücken gekehrt und sich bei der GNOR - im Süden auch bei der Pollichia - engagiert hat.

Es ist unschwer erkennbar, daß die derzeitige organisatorische Aufsplitterung und die Existenz von Parallelstrukturen für den Verbandsnaturschutz in Rheinland-Pfalz sehr nachteilig sind. Hier ist auseinandergerissen, was zusammengehört. Etliche der innerverbandlichen Krisen, etwa die chronischen Schwierigkeiten bei der Besetzung von Vorstandsposten in beiden Vereinen, dürften nicht zuletzt auf dieses Strukturproblem zurückgehen, das bisher verhindert, daß in Rheinland-Pfalz, anders als etwa in unserem Nachbarland Baden-Württemberg, eine starke, fachlich fundierte Vertretung von Naturschutz-Interessen existiert.

Wohin geht es? Nach Lage der Dinge dürften die Probleme, da sie struktureller Art sind, nur durch tiefgreifende Strukturreformen zu lösen sein. Wer - gleich in welchem

Verband - Strukturreformen nicht rasch angeht, sollte sich über die mangelnde gesellschaftliche Berücksichtigung des Naturschutzes nicht beklagen. Die Gründung einer eigenen faunistischen Vereinigung in Gestalt der GNOR hat sich in der Vergangenheit als ausgesprochen produktiv und für den Naturschutz als notwendig erwiesen. Unter veränderten Vorzeichen - etwa einem, so ist zu hoffen, sich modernisierenden Naturschutzbund - kann jedoch, was einst wegweisend war, leicht zum Hemmklotz werden. Auch wenn es für manchen bitter klingt: Ohne beherzt vorangetriebene Kooperationen und wahrscheinlich auch ohne Fusionen (wem Fusionen zu gewagt erscheinen, der beachte, daß im Gewerkschaftssektor ungleich größere und traditionsreichere Verbände fusionieren) dürfte der Verbandsnaturschutz in Rheinland-Pfalz kaum auf die Beine kommen.

2. Literatur

- BAMMERLIN, R. (1998) : Umweltverbände in Deutschland – Herausforderung zum Wandel. – Fauna und Flora in Rheinland-Pfalz, Beiheft **24**. 227 S., Landau.
- BECK, U. (1993): Abschied von der Abstraktionsidylle. Die Umweltbewegung in der Risikogesellschaft. – Politische Ökologie **31**: 20-23. München.
- BILLIG, A. & PARTNER (1994): Ermittlung des ökologischen Problembewußtseins der Bevölkerung. – UBA (Umweltbundesamt)-Texte. 220 S., Berlin.
- BILLIG, A. (1995): Ethische Aspekte des Umweltbewußtseins der bundesdeutschen Bevölkerung. Welche Schlüsse lassen sich in Hinblick auf die ethische Sensibilität der Bevölkerung aus der Studie des Bundesumweltamtes zur „Ermittlung des ökologischen Problembewußtseins“ ziehen? – 99-129. In: VESPER, S. (Hrsg.): Umweltbildung und Umweltethik. Startpositionen eines Projektes. 174 S., Bad Honnef.
- BRICKMAN, R., JASAMOFF, S. & T. ILGEN (1985): Controlling Chemicals: The Politics of Regulation in Europe and the United States. – 344 S., Ithaca.
- DAHL, J. (1991): Verteidigung des Federgeistchens. Über Ökologie und über Ökologie hinaus.- Politische Ökologie **24**: 33-42. München.
- HEINZE, R.G. (1992): Verbandspolitik zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl - Der Deutsche Bauernverband. – 135 S., Gütersloh.
- KITSCHALT, H. (1984): Der ökologische Diskurs. Eine Analyse von Gesellschaftskonzeptionen in der Energiedebatte. – 263 S., Frankfurt a.M., New York.
- (1986): Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. – British Journal for Political Science **16**: 57-85. London.
- KREBS, C. & D. REICHE (1997): Wie die ökologische Steuerreform beerdigt wurde.– Blätter für deutsche und internationale Politik 7/97: 844-852. Bonn.
- MARIN, B. & R. MAYNTZ (Hrsg.) (1991): Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations. – 330 S., Frankfurt a.M., New York.

- MAXEINER, D. & M. MIERSCH (1996): Öko-Optimismus. – 342 S., Düsseldorf.
- OLSON, M. (1992): Die Logik kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorien der Gruppen. – 3. Auflage (englisch: The Logic of collective action). 181 S., Tübingen.
- PRITTWITZ, V. von (1993): Reflexive Modernisierung und öffentliches Handeln. – 31-50. In: PRITTWITZ, V. von (Hrsg.): Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß. Politikwissenschaftliche Umweltforschung und -lehre in der Bundesrepublik Deutschland. 276 S., Opladen.
- TREPL, L. (1991/92): Ökologie als Heilslehre. Zum Naturbild der Umweltbewegung. – Politische Ökologie **25**: 39-46. München.
- VOGT, M. (1996): Ökologie als Gesellschaftskritik? Zur normativen Relevanz der Ökologie. – 25-44. In: KÖSTNER, B. & M. VOGT (Hrsg.): Mensch und Umwelt. Eine komplexe Beziehung als interdisziplinäre Herausforderung. 177 S., Dettelbach.
- WEBER, J. (1989): Verbände I, II, IV.- 593-597, 599-603. – In: GÖRRES-GESELLSCHAFT (Hrsg.): Staatslexikon, Band **V**, 7. Auflage 1192 S., Freiburg, Basel, Wien.

Manuskript eingereicht am 19. Januar 1999.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Ralf Bammerlin, Schlehenweg 32a, 53177 Bonn

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Fauna und Flora in Rheinland-Pfalz](#)

Jahr/Year: 2000-2002

Band/Volume: [9](#)

Autor(en)/Author(s): Bammerlin Ralf

Artikel/Article: [Naturschutzverbände wohin? - Zehn Thesen zur künftigen Arbeit des Verbandsnatur- und Umweltschutzes 169-182](#)